

Atomkraftwerke

Risiko an der Grenze

In einer seltenen Koalition versuchen Grüne und die CSU, ein Umweltrisiko an der deutsch-tschechischen Grenze zu entschärfen. Nur 80 Kilometer von Bayern entfernt baut Tschechien bei Temelín zwei 1000 Megawatt starke Atomkraftwerksblöcke, die 1996 in Betrieb gehen sollen. Zwar soll die Anlage



(Sicherheitsstandard: unzureichend) von der US-Firma Westinghouse nachgerüstet werden, nicht jedoch entsprechend deutschen Sicherheitsnormen. Im Bundestag verlangen die Grünen deshalb, die Bundesregierung solle auf einen Baustopp hinwirken, bis Tschechien eine Umweltverträglichkeitsprüfung nachgeholt hat. Außerdem müßten Einwendungen deutscher Bürger berücksichtigt werden. Bestärkt werden die Grünen von der CSU: Der Passauer Landrat Hanns Dorfner drängt ebenso wie Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber auf mehr Sicherheit. Bei der Abstimmung über den Grünen-Antrag Ende Januar wird es vermutlich wieder zu einer schwarz-grünen Koalition kommen.

Frauen

Ungeliebte Ministerin

Nach der rheinland-pfälzischen Regierung will nun auch Niedersachsens Landeschef Gerhard Schröder das Frauenministerium abschaffen. Der SPD-Politiker plant, seine Ministerin Christina



Frauenministerin Bührmann

Bührmann abzulösen und ihre Abteilung dem Sozialressort anzugliedern. Neuer Minister für Soziales und Frauen soll ein Mann werden, der Sozialexperte Peter-Jürgen Schneider oder der IG-Chemiefunktionär Wolfgang Schultze. Die von Schröder wenig geliebte Ministerin will sich jedoch nicht degradieren lassen. Ihr Vorschlag: Das größere Sozialressort solle dem Frauenministerium untergeordnet werden.

Sekten

VPM soll zahlen

Das Bonner Landgericht hat die aggressive Psycho-Sekte VPM (Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis) zur Zahlung von 2000 Mark Schmerzensgeld verurteilt. Der rechte Verein hatte dem Referenten

der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Hansjörg Hemminger, unterstellt, er führe eine „ekelhafte faschistische Difamierungskampagne“ nach Art der Goebbels-Propaganda gegen den VPM. Das Gericht sah darin eine unzulässige Schmähkritik an dem Kirchenmann, der außerdem Urteilsauszüge auf Kosten des VPM in drei Tageszeitungen publizieren kann. Der Verein legte Berufung ein.

Tourismus

Käse gegen Auto

Urlauber in den bayerischen Alpen legen zunehmend

Wert auf aktiven Umweltschutz. Eine Gästebefragung der Internationalen Alpenschutzkommission (Cipra) in Berchtesgaden, Garmisch-Partenkirchen und Hindelang ergab, daß drei Viertel der Touristen bereit sind, für Öko-Angebote höhere Preise zu zahlen. Gravierendstes Umweltproblem ist nach Cipra-Auffassung der Autoverkehr, da die meisten Urlauber motorisiert anreisen und ihren Wagen auch für Tagesausflüge nutzen. Die Stadt Berchtesgaden etwa plant nun Fahrspuren und Sondertickets für öffentliche Busse. Hindelang belohnt Gäste, die ihr Auto während des Urlaubs stehenlassen, mit einem Kilo Bergkäse.



Touristen in den Alpen

Flüchtlinge

„Grobe Panne“

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Schnoor (SPD), 67, über die Abschiebung von Kroaten aus Deutschland

SPIEGEL: Herr Minister, 60 000 Flüchtlinge aus serbisch besetzten Gebieten Kroatiens sollen im Frühjahr abgeschoben werden. Können die sicher sein, ein Zuhause zu finden?

Schnoor: Nein. Ich habe ein Aufbauprogramm des Bundes und der Länder für Kroatien beantragt. Das ist aber am Widerstand des Bundes gescheitert. Der Außenminister hat auch versäumt, sich mit Nachdruck für eine Unterstützung aus Töpfen der Europäischen Union einzu-

setzen. Das ist eine grobe Panne der deutschen Außenpolitik.

SPIEGEL: Müssen nun Flüchtlinge im Freien übernachten?

Schnoor: Nein, wer keinen Wohnraum findet, wird beispielsweise in Hotels an der Küste eingewiesen. Aber: Ohne Perspektive, haben mich viele Gesprächspartner in Kroatien gewarnt, werden zurückgeschickte Kroaten auf Rückgabe ihres Eigentums in den besetzten Gebieten pochen und so den Konflikt mit den Serben neu anheizen. Hinzu kommt, daß sie ihrerseits Flüchtlinge aus Bosnien verdrängen werden, und die werden mit Sicherheit nach Deutschland ausweichen. Mit der Abschiebung der Kroaten hat sich die Bundesregierung wahrscheinlich nur ein neues Flüchtlingsproblem beschert.



Abschiebegegner Schnoor